



## Anlage C (Verwendungsnachweis zu 6.3)

# Verwendungsnachweis

nach der Maßnahme „Entlastung von Beitragspflichtigen bei Straßenausbaumaßnahmen“

NRW.BANK  
Friedrichstr. 1  
48145 Münster

Aktenzeichen des Zuwendungsbescheides:

### Zuwendungsempfängerin/Zuwendungsempfänger

Gemeinde/-verband

Straße

Postleitzahl

Ort

Postfach

Postleitzahl

Ort

E-Mail-Adresse

Telefon

Fax

Ansprechpartnerin/Ansprechpartner

Name/Amtsbezeichnung/ Funktion

Telefon

E-Mail-Adresse

Bankverbindung:

IBAN

Bezeichnung des Kreditinstituts

## Maßnahme

Durch Zuwendungsbescheid  
der Bewilligungsbehörde

wurde für die Maßnahme  
(Kurzbezeichnung)

Aktenzeichen des Zuwendungsbescheides

am  TT.MM.JJJJ

folgende Zuwendung bewilligt

 €

## I. Sachbericht

Das durchgeführte Verwaltungsverfahren zur Erhebung der Straßenausbaubeiträge ist unter anderem mit Beginn, Dauer, Abschluss, und wesentlichen Ereignisse bis zur Bestandskraft kurz zu skizzieren:

Nur im Falle der Weiterleitung:

Der Verwendungsnachweis der Weiterleitungsempfängerin/des Weiterleitungsempfängers liegt vor und wurde geprüft. Als Ergebnis ist festzuhalten (zusammenfassende Bewertung auf

- sachliche und rechnerische Richtigkeit sowie auf
- Einhaltung aller Bestimmungen und Nebenbestimmungen des Weiterleitungsbescheides):

Die Weiterleitung der empfangenen Zuwendung an die Weiterleitungsempfängerin/den Weiterleitungsempfänger ist in voller Höhe erfolgt am

  
TT.MM.JJJJ

Datum des Eintritts der Bestandskraft des letzten bestandskräftig gewordenen Beitragsbescheides im Zusammenhang mit der geförderten Maßnahme (im Falle einer vorangegangenen, vorläufigen Beitragserhebung ist das Datum der Bestandskraft der endgültigen Beitragsbescheide anzugeben)

  
TT.MM.JJJJ

## II. Zahlenmäßiger Nachweis

	Lt. Zuwendungsbescheid	Ist – Ergebnis
1. Gesamtaufwand der Maßnahme	<input type="text"/>	<input type="text"/>
2. abzgl. Gemeindeanteil (ggf. einschließlich der Beitragsanteile für gemeindeeigene Grundstücke; Eigenanteil)	<input type="text"/>	<input type="text"/>
3. Falls Ablösevereinbarungen für die einzelne beitragspflichtige Maßnahme geschlossen wurden: Höhe des aufgrund fiktiver Beitragsberechnung ermittelten, durch Ablösevereinbarungen bereits fiktiv abgedeckten, ansonsten von den Beitragspflichtigen zu tragenden umlagefähigen Aufwands	<input type="text"/>	<input type="text"/>
4. Zuwendungsfähige Gesamtausgaben (von den Beitragspflichtigen zu tragender umlagefähiger Aufwand vor Förderung ggf. abzgl. des Betrages nach Nr. 3.)	<input type="text"/>	<input type="text"/>

### A. Bei Erhebung durch Beitragsbescheid:

Von den Beitragspflichtigen zu tragender umlagefähiger Aufwand (Summe der Forderungen lt. Beitragsbescheid)	<input type="text"/>	<input type="text"/>
5. Förderung*	<input type="text"/>	<input type="text"/>
Differenz zwischen Förderung lt. Zuwendungsbescheid und Ist-Ergebnis		<input type="text"/>
Anzahl der geförderten Beitragsbescheide		<input type="text"/>

### B. Bei Förderung von Ablösevereinbarungen:

	Lt. Antrag	Ist-Ergebnis
B1. Zuwendungsfähige Gesamtsumme (Summe der Beträge aller abgeschlossenen Ablösevereinbarungen)	<input type="text"/>	<input type="text"/>
B2. Beantragte Förderung (Entlastung der Vertragspartner der Ablösevereinbarung) (100% von Nr. B1, aber max. 100% von Nr. 3)	<input type="text"/>	<input type="text"/>
B3. Von den Vertragspartnern der Ablösevereinbarung effektiv gezahlte Beträge (Höhe muss min. Nr. B2 entsprechen)	<input type="text"/>	<input type="text"/>
Förderung	<input type="text"/>	<input type="text"/>
Differenz zwischen Förderung lt. Antrag und Ist-Ergebnis		<input type="text"/>
Gesamtdifferenz zwischen Förderung lt. Antrag und Ist-Ergebnis aus den Teilen A und B		<input type="text"/>

Es wird bestätigt, dass

- die Allgemeinen und besonderen Nebenbestimmungen des Zuwendungsbescheids beachtet wurden.

**Soweit Beitragsbescheide gefördert wurden:**

- in den Beitragsbescheiden auf die Förderung durch das Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Digitalisierung des Landes Nordrhein-Westfalen und auf die jeweilige Förderhöhe hingewiesen wurde,
- die Ausgaben entstanden sind und die Angaben im Verwendungsnachweis mit den Büchern und Belegen übereinstimmen,
- für die Durchführung der Maßnahme keine weitere Förderung von Dritten gewährt wurde oder noch gewährt wird,
- die Originalbelege für die Dauer von fünf Kalenderjahren nach Vorlage dieses Verwendungsnachweises für Prüfzwecke vorgehalten werden,
- von dem von den Beitragspflichtigen zu zahlenden umlagefähigen Aufwand die Fördersumme abgezogen wurde,
- auf Grundlage des so reduzierten, von den Beitragspflichtigen zu tragenden umlagefähigen Aufwands die Beitragsbescheide auf Grundlage des kommunalen Satzungsrechts oder von der rechtlich verselbständigten Person des öffentlichen Rechts auf Grundlage ihres Satzungsrechts erlassen wurden und
- die Bestandskraft aller durch die Gemeinde, den Gemeindeverband oder die juristische Person des öffentlichen Rechts erlassenen (bei zunächst vorläufiger Beitragserhebung: der endgültigen) Beitragsbescheide zu den Straßenausbaubeiträgen der geförderten Maßnahme eingetreten ist.

**Soweit Ablösevereinbarungen gefördert wurden:**

- die Zuwendungsempfängerin/der Zuwendungsempfänger nach Durchführung der Straßenbaumaßnahme eine fiktive Beitragsberechnung durchgeführt hat, aus der sich ergibt, dass der vereinbarte Ablösebetrag den im Einzelfall fiktiv zu zahlenden Straßenausbaubeitrag nicht überschreitet,
- zur Förderung von Ablösevereinbarungen erhaltene Beträge vollständig an den Vertragspartner/die Vertragspartner ausgekehrt wurden.

**Anlagen**

- Kopie eines Beitragsbescheides der Maßnahme (als Muster)
- Sofern Ablösevereinbarungen gefördert wurden: Kopie einer Ablösevereinbarung (als Muster)

Nur im Fall der von Amts wegen erfolgten nachträglichen Aufstockung der Zuwendung auf bis zu 100% der zuwendungsfähigen Gesamtausgaben

- Muster der nachträglichen Änderung des Beitragsbescheides

Nur sofern die Weiterleitung der Zuwendung erfolgt ist

- Kopie des Zuwendungsbescheides an die Weiterleitungsempfängerin/den Weiterleitungsempfänger
- Nachweis über die unverzügliche Weiterleitung der Zahlungsmittel
- Geprüfter Verwendungsnachweis der Weiterleitungsempfängerin/des Weiterleitungsempfängers

Ort, Datum

Dienstsiegel und rechtsverbindliche Unterschrift der Hauptverwaltungsbeamtin/des Hauptverwaltungsbeamten oder Vertreterin/Vertreter im Amt